98-84391-27

Oncken, Wilhelm

Der preussisch-hessische Zollverein vom...

Giessen

[1878]

98-84391-27
MASTER NEGATIVE #

COLUMBIA UNIVERSITY LIBRARIES
PRESERVATION DIVISION

BIBLIOGRAPHIC MICROFORM TARGET

ORIGINAL MATERIAL AS FILMED - EXISTING BIBLIOGRAPHIC RECORD

Oncken, Wilhelm, 1838-1905. Der preussisch-hessische Zollverein vom 14. Febr. 1828 [microform] : akademische Festrede ... / gehalten von Wilhelm Oncken. Giessen : Chr. Pietsch, [1878] [MICROFILM] OCLC: 38464138

RESTRICTIONS ON USE: *Reproductions may not be made without permission from Columbia University Libraries.*

TECHNICAL MICROFORM DATA

FILM SIZE: 35mm REDUCTION RATIO: 9:1 IMAGE PLACEMENT: (IA) IIA IB IIB

DATE FILMED: 4/7/98 INITIALS: F.C.

TRACKING # : 32506

FILMED BY PRESERVATION RESOURCES, BETHLEHEM, PA.

BIBLIOGRAPHIC IRREGULARITIES

MAIN ENTRY: Oncken, Wilhelm

Der preussisch-hessische Zollverein vom 14. Febr. 1828

Bibliographic Irregularities in the Original Document:

List all volumes and pages affected; include name of institution if filming borrowed text.

__X__ Page(s) missing/not available: insert/plate - between pages 4-5, 8-9

_____ Volume(s) missing/not available: _____

_____ Illegible and/or damaged page(s): _____

_____

_____ Page(s) or volume(s) misnumbered: _____

_____ Bound out of sequence: _____

_____ Page(s) or volume(s) filmed from copy borrowed from: _____

_____

__X__ Other: page 2 - blank

_____

_____ Inserted material: _____

TRACKING#: MSH32506

No. 5.

Der preußisch-hessische Zollverein vom 14. Febr. 1828.

336.97

Akademische Festrede

zur

Feier des Stiftungsfestes

der Großherzoglich Hessischen

Ludewigs-Universität

am 1. Juli 1878

gehalten

von dem derzeitigen Rector

Dr. Wilhelm Oncken,

ordentlichem Professor der Geschichte.

Gießen 1878.

Druck der Brühl'schen Universitäts-Buch- und Steindruckerei (Fr. Chr. Bischoff)

Hochansehnliche Versammlung!

Zum ersten Male, seit dem Regierungsantritt **Sr. K. Hoheit des Großherzogs Ludwigs IV.** von Hessen und bei Rhein tritt die Landesuniversität am historischen Tage ihrer Stiftung zur Feier ihres Jahresfestes zusammen. Sie thut es in denselben Gesinnungen, in denen ihr ehedem vergönnt war, mit der Geburtstagsfeier des Allergnädigsten Landesherrn ihr eigenes Fest zu verbinden, den Gesinnungen ehrfurchtsvoller Dankbarkeit und fester Treue, die den Wechsel der Zeit und auch den Tod überdauern.

Wir erneuern heute das Andenken des am 13. Juni v. J. inmitten allgemeiner Trauer heimgegangenen Fürsten, der ein vielbewegtes Menschenalter hindurch dem Lande ein väterlicher Herr, dieser Hochschule ein huldvoller Beschützer gewesen ist: der sein Volk geliebt hat von ganzem Herzen — kein Bittender ist ihm je vergebens genaht — und den die Liebe zu seinem Volke über schwere Krisen sicher und glücklich hinübergeleitet hat. Das Andenken des Höchstseligen Großherzogs Ludwig III. wird in Ehren bei uns fortleben, so lange die Dankbarkeit nicht erlischt, die echter Liebe folgt und nicht einer Pflicht, dem Drang einer aufrichtigen Empfindung gehorchen wir, indem wir dem Entschlafenen noch einmal nachrufen, was wir dem Lebenden so oft betheuert haben.

Mit dankbarer Freude gedenken wir des hochherzigen Fürstenwortes, mit dem S. K. Hoheit Großherzog Ludwig IV. in den ersten Tagen seiner Regierung unsere Alma Mater begrüßt hat. Das Allerhöchste Cabinetschreiben vom 7. Juli 1877 schloß mit den Worten: „Ihre Versicherung der Treue lassen Sie Mich mit dem Wunsche fortwährenden Gedeihens der Ludoviciana und mit der Versicherung erwidern, daß Ich das Wohlwollen und das Interesse, welches Ich als akademischer Bürger für dieselbe gewonnen habe, ihr auch als nunmehriger Protektor erhalten werde.“ Als die Stadt Giessen am 29. Oktober v. J. das hohe Glück hatte, Se. K. Hoheit in ihren Mauern ehrfurchtsvoll zu begrüßen, hat unser Allergnädigster Landesherr der ver-

sammelten Landesuniversität diese huldvolle Zusage noch einmal persönlich wiederholt. Seitdem ist Vieles geschehen zur Förderung unserer Hochschule und es drängt uns, auch unser Gelöbniß von jenem Tage zu wiederholen: daß wir das Wohlwollen und das Interesse unseres nunmehrigen Protektors verdienen wollen, durch rechtschaffene Arbeit und unerschütterliche Treue: daß unter seinem allergnädigsten Schutz diese alte Universitätsstadt sein und bleiben soll: eine Stätte ernsten Fleißes, ein Sitz unerschrockenen Wahrheitssinnes und tapferen Bürgermuthes, aber auch eine Schule jenes Geistes der Pflichttreue und der Selbstverleugnung, der Mannszucht und der Vaterlandsliebe, der uns das Reich geschaffen, uns Staat und Volk verjüngt und auf dem unser gesammtes Leben ruht und ruhen wird, wie auf einem Felsen, der jeder Brandung trotzt!

Ein Capitel aus der Geschichte unseres Landes zeigt, wie kein anderes, daß wir den besten Ueberlieferungen seiner Lenker treu sind, wenn wir die Pflege dieser Gesinnung als unsere heilige Pflicht betrachten.

Das moderne Dasein unseres Landes hat begonnen am 4. November 1813, als Großherzog Ludwig I. in Mannheim, wohin er sich geflüchtet hatte, dem französischen Gesandten Vendeuil eröffnete, er habe dem Rheinbund entsagt und mit den Verbündeten abgeschlossen. „Wohlan, sagte der Franzose, der Kaiser läßt Ew. K. Hoheit sagen, daß er nach wenig Monaten nach Deutschland zurückkehren und dann Ihr Land derart verwüsten werde, daß kein Stein auf dem andern bleibe, daß er gegen Sie und die Ihrigen Alles thun werde, was die Entrüstung über Verrath und gebrochene Treue ihm eingibt." Mit fester Stimme erwiderte der Großherzog: „Wenn der Kaiser mit seinem Gewissen vereinigen kann, so zu handeln, wie Sie sagen, so werde ich mit meinen Unterthanen zusammen untergehen, ich mit ihnen, sie gewiß nicht ohne mich! Wie es kommen soll, überlasse ich der Vorsehung Gottes!"

Der Franzose eilte davon; bevor er in den Wagen stieg, rief er noch mit geballter Faust nach den Fenstern des Großherzogs hinauf: Tu me le payeras, mon prince!

So ist der Eintritt unseres Landes in die neue Welt geschehen, welche sich aus den Trümmern des Napoleonischen Weltreiches erheben sollte; die deutsche Politik aber, von der sich unser kleines Land nie wieder ungestraft entfernen durfte, ward vorgezeichnet durch einen Vertrag, welchen das Großherzogthum Hessen am 14. Februar 1828 mit der Krone Preußen abgeschlossen hat und von diesem denkwürdigen Vertrag, der Grundlage des deutschen Zollvereins, soll hier die Rede sein.

Das Großherzogliche Geh. Staatsarchiv zu Darmstadt bewahrt einen ungemein werthvollen Schatz: das sind die umfangreichen Denkwürdigkeiten, welche der am 17. Mai 1859 verstorbene Großherzogl. Staatsminister Carl Wilhelm du Bos du Thil hinterlassen hat. Sie sind niedergeschrieben im Anfang der fünfziger Jahre, als der Verfasser, seit März 1848 in Ruhestand versetzt, Muße hatte, seine ereignißreiche Laufbahn als Staatsmann in der Erinnerung noch einmal zu durchleben.

Durch einen Beschluß des Großh. Staatsministeriums, für den ich nicht genug danken

kann, ist mir die Erlaubniß gewährt worden, von einem erheblichen Theil dieser Aufzeichnungen Kenntniß zu nehmen. Ich habe daraus den Eindruck gewonnen, daß dies Memoirenwerk als Ganzes eine historisch-politische Fundgrube ersten Ranges bilden muß für die Geschichte der hessischen und deutschen Politik von den Tagen des Rheinbundes bis zum März 1848. Jede Seite dieser Aufzeichnungen zeugt von einer imponirenden Klarheit des Denkens und Wollens, von ebenso umfassendem als durchdringendem staatsmännischem Blick. In diesen Denkwürdigkeiten, die in den wichtigsten Fällen durch Ministerialakten controlirt werden können, und so weit mir ein Vergleich möglich war, diese Controle mit Glanz bestehen, erscheint der Verfasser als einer der hervorragendsten politischen Köpfe jener Zeit; dabei sind sie frei von jeder Ruhmredigkeit, und bewahren bei allem Wechsel der Lagen und Aufgaben eine Einheit der Auffassungs- und Urtheilsweise, die sie z. B. von den neuerdings vielgenannten Denkwürdigkeiten des Staatskanzlers Fürsten Hardenberg aufs aller Vortheilhafteste unterscheidet.

Aus dieser Quelle habe ich die vorhin benutzte Mittheilung über den Auftritt in Mannheim geschöpft, dem du Thil als Augen- und Ohrenzeuge beigewohnt hat und aus ihr schöpfe ich auch bei der Darstellung, zu der ich jetzt übergehe. Doch nicht daraus allein.

Das Großh. Finanzministerium bewahrt die amtlichen Akten über den Zollvertrag vom 14. Februar 1828; sie hatte du Thil nicht zur Hand, als er den betreffenden Abschnitt seiner Denkwürdigkeiten aus der Erinnerung niederschrieb; aus der Verarbeitung beider Quellen, die sich ergänzen, aber nie widersprechen, entsteht das authentische Bild der Geschichte jenes Vertrags, das hier selbstverständlich nur in den äußersten Umrissen nachgezeichnet werden kann.

Der deutsche Zollverein hat unser Volk von Zuständen befreit, die es zur ewigen Armuth verurtheilten und seinem Fleiß, seiner Arbeitskraft einerseits den unentbehrlichsten Schutz nach außen und anderseits die Freiheit im Innern geschaffen, ohne die nationaler Wohlstand ganz unmöglich war und ist. Er ist nicht hervorgegangen aus dem geistreichen Einfall eines einzelnen wirthschaftlichen Denkers, den man als Stifter des Zollvereins in dem Sinne bezeichnen könnte, in dem man von einem Erfinder der Dampfmaschine spricht. In staatlichen Dingen gibt es keine wahrhaft große That, die nicht ausginge von großen Gedanken; aber ein Anderes als der Gedanke an und für sich, wie verdienstlich er auch sei, ist die That, die ihn schöpferisch gestaltet. Der deutsche Zollverein war das Ende eines wirthschaftlichen Bruderkriegs, dessen Unnatur der geniale Schwabe Friedrich List tiefer empfunden, dessen Abhilfe durch ein nationales Wirthschaftssystem er beredter und einsichtiger gefordert hat, als die gesammte Schulwissenschaft seiner Zeit; aber die Frage war, wie geholfen werden sollte, und auf diese hat er keine Antwort gefunden. Der Krieg der Zölle und der Gegenzölle, der seit Aufhebung der Napoleonischen Festlandsperre ganz Deutschland erfüllte, war akut geworden durch das berühmte preußische Zollgesetz vom 26. Mai 1818; dies Gesetz gewährte der preußischen Monarchie alles das, wonach das übrige Deutschland seufzte, aber in Folge der Grenzgestaltung, welche dieser Staat auf dem Wiener Congreß erhalten hatte, traf das neue System die eingeschlossenen und benachbarten Theile des deutschen Bundes durch seine hohen Zollsätze und seine strenge Grenz-

bewachung mit geradezu vernichtender Härte. Nieder mit dem preußischen Zollsystem! das war der Kampfruf, der zehn Jahre den deutschen Bund durchtobte, der an all' unseren kleinen Höfen widerhallte, auf den Ministerconferenzen zu Carlsbad und Wien, am Bundestag zu Frankfurt wie in endlosen Zollverhandlungen zu Darmstadt und Stuttgart die sonst noch so Uneinigen einig machte. Da im Jahre 1828 erhob sich zum ersten Mal ein anderer Ruf, anfangs schüchtern und verschämt, dann lauter und lauter und schließlich mit zwingender Gewalt, der hieß: Anschluß an das preußische System, zur Bildung eines gesammtdeutschen Zollvereins! Diese Wendung war herbeigeführt einzig und allein durch den Zollverein, welcher seit dem Vertrag vom 14. Februar 1828 Preußen und Hessen-Darmstadt verband und durch die überraschenden Bedingungen, unter denen er gelungen war.

Schwer wie kaum ein anderes Land war Hessen durch das neue preußische Zollsystem betroffen worden. Für Oberhessen, insbesondere das Hinterland, kam seine Einführung einer förmlichen Katastrophe gleich. Die Gegend von Biedenkopf, Gladenbach u. s. w., von der Natur kärglich ausgestattet, war fast nur von Gewerbsleuten bevölkert. Grobe Tücher, Teppiche und Wollenwaaren aller Art wurden dort nicht in Fabriken, sondern von einzelnen Meistern und Frauen verfertigt und fanden Absatz in Westfalen und anderen Landestheilen, die eben erst mit Preußen vereinigt worden waren. Durch Ausschluß von diesen Gebieten verloren die armen Leute den ganzen Absatz; Kaufleute, die neue Absatzwege statt der alten aufzuschließen wußten, gab es nicht; eine bisher wohlhabende Bevölkerung kam binnen Kurzem nahezu auf den Bettelstab herab. Nicht ganz so schwer, aber immer auch noch empfindlich genug wurde die Leinenindustrie von Alsfeld und Lauterbach betroffen, die noch im Anfang des Jahrhunderts Segeltuch und Linnen sogar bis nach Spanien und dessen Colonien geliefert hatte.

Demgemäß war Hessen, wie irgend ein Land, berechtigt, einzustimmen in die allgemeine Wehklage über das preußische Mauthsystem; das that denn auch der Staatsminister du Thil, als er im Winter 1819 auf den Ministerconferenzen in Wien erschien, aber er begnügte sich damit nicht. April 1820 lud er zwei gleichgesinnte Minister von Baden und Nassau, die Freiherrn v. Berstett und v. Marschall in seine Wohnung ein und gewann ihre Unterschrift für eine Punktation, welche als Grundzüge für einen gesammtdeutschen Zollverein folgende Sätze enthielt: 1) Alle Binnenzölle werden aufgehoben; 2) Weg- und Wasserzölle werden möglichst gleichgestellt; 3) um die vereinten Gebiete wird eine gemeinsame Zolllinie gezogen und diese gemeinsam besetzt; 4) die Einnahmen werden nach Maßgabe der Bevölkerung getheilt. Solche Sätze aufzustellen, ihre Richtigkeit logisch nachzuweisen, war durchaus nicht schwer. An Plänen und Entwürfen solcher Art hat es damals innerhalb und außerhalb der Ministerconferenzen keineswegs gefehlt. Der richtige Weg der Durchführung war das Problem und über diesen war auch du Thil vollständig im Irrthum so lange er meinte, erst müsse Preußen sein Zollsystem wieder abschaffen, dann werde ein Beschluß des Bundestags zu Frankfurt den deutschen Zollverein mit einem Schlage zu Stande bringen.

Nach neun Jahren fruchtloser Verhandlungen mit süddeutschen Nachbarn und ebenso frucht-

losen Versuchen der Selbsthilfe kam ihm die Einsicht in das Eine, das Noth that und das noch nicht versucht worden war.

„In meiner Verzweiflung, sagen die Denkwürdigkeiten, legte ich mir endlich die Frage vor, ob man sich nicht, um das Eis zu brechen, an Preußen anschließen könnte? Hieran hatte noch kein Mensch in Süddeutschland gedacht und auch ich bis dahin nicht, denn wir Alle strebten ja einzig nur danach, Front gegen Preußen zu machen."

Der Gedanke erschien so tollkühn, die Gefahr einer Abweisung so dringend, daß der Minister gar nicht wagte, mit dem Großherzog darüber zu sprechen, bevor er ein entgegenkommendes Wort seitens des preußischen Hofes vorzuweisen hatte und ein solches gelang ihm bei dem Minister des Auswärtigen, Grafen Bernstorff zu erzielen. An diesen richtete er — das Datum giebt er nicht an — zunächst einen vertraulichen Brief, schilderte ihm die traurige Lage von Handel und Wandel, scheute sich nicht zu sagen, der Fluch dieser Zustände treffe Preußen, das sich zuerst von dem übrigen Deutschland getrennt und sich dadurch viel Haß zugezogen habe; ein Mittel gebe es, die öffentliche Meinung wieder zu gewinnen: wenn es einiges Entgegenkommen zeigen wollte, zur Besserung des allgemeinen Nothstandes beizutragen. Er frage deshalb, ob, wenn der Großherzog in dieser Richtung sich zu einem Antrag entschließen sollte, in Berlin Entgegenkommen zu erwarten sei? Die Antwort des Grafen Bernstorff lautete freundlich in der Form, ablehnend in der Sache. Eine solche Vereinignng halte er für ganz unmöglich; schon die geographische Lage stehe ihr entgegen; die Finanzen Preußens würden dadurch gefährdet werden. Ueberdies könne die preußische Monarchie ihre Interessen doch unmöglich nach denen des Großherzogthums einrichten; folglich bleibe diesem nur übrig, sich den Anordnungen jener zu unterwerfen, und das käme ja einer Mediatisirung des Großherzogthums gleich; eine solche werde in Darmstadt gewiß nicht beabsichtigt; wenn das aber doch der Fall wäre, so würde der König von Preußen nach seinen Grundsätzen niemals darauf eingehen. du Thil antwortete sogleich, an eine Mediatisirung habe er nicht von ferne gedacht, er halte eine Zollvereinigung auch ohne eine solche für möglich; jedenfalls sei die Frage wichtig genug, um endlich einmal ernstlich und ohne vorgefaßte Meinung eingehend geprüft zu werden und so frage er an, ob man mit einem Abgesandten des Großherzogs darüber verhandeln wollte? Graf Bernstorff erwiderte: diesem Ersuchen stehe Nichts im Wege, wenn von Darmstadt aus eine amtliche Anregung in diesem Sinn erfolge. Diese amtliche Anregung geschah am 10. August 1827 und da wir hierüber urkundlich unterrichtet sind, so ist gewiß, daß jener vertrauliche Briefwechsel zwischen du Thil und Bernstorff frühestens im Juli desselben Jahres stattgefunden hat.

Am 10. August 1827 las du Thil dem preußischen Geschäftsträger in Darmstadt, v. Maltzan, eine Verbalnote vor, die er — sie ist unter den Acten des Finanzministeriums erhalten — alsbald dem Minister des Innern v. Grolman zur Begutachtung vorlegte. Dieser schrieb ihm am 13. August: Täuschen wir uns nicht, eine solche Zollvereinigung wird, wenn sie gelingt, große politische Folgen haben und unser Land mit den Geschicken Preußens auch in anderer Beziehung untrennbar verbinden; gegen diese Folgen, die mir nur dunkel vor-

schweben, habe ich ganz und gar nichts einzuwenden, weil ich glaube, daß dem preußischen Cabinet nur vorübergehend, nicht dauernd das Präsidium der Intelligenz versagt sein kann; „Der Schritt ist groß und Ihrer würdig; überdies drängt die Zeit, daß etwas geschehen muß und es ist sehr klug in solchen Dingen der Erste sein zu wollen und die Bahn für Entscheidendes selbst zu brechen."

Die politische Seite der Sache hatte du Thil sehr wohl erwogen und war mit den Ansichten v. Grolman's vollkommen einverstanden; aber in seiner Verbalnote hatte er absichtlich kein Wort davon gesagt und nur die wirthschaftliche hervorgehoben. Seine Betrachtung war: Baiern und Würtemberg laden uns mit dringendem Ungestüm zur Bildung eines süddeutschen Zollvereins ein; vereinzelt bleiben können wir nicht, Anschluß müssen wir haben, entweder nach Süden oder nach Norden; den letzteren wünschen wir, weil er dem natürlichen Waarenzug unseres Landes entspricht und nur, wenn man uns in Berlin abweist, werden wir nothgedrungen den Anschluß nach Süden wählen. Dies Dilemma, das absichtlich von jeder politischen Betrachtung frei gehalten ward, hat du Thil meisterhaft verwerthet, einerseits um Preußen zu gewinnen, andererseits, um den Argwohn Oesterreichs unschädlich abzuleiten.

Er wußte, wie sehr der bairisch-würtembergische Zollverein dem Fürsten Metternich aus politischen Gründen ein Dorn im Auge war; wie sehr man in Wien von einer Erweiterung desselben eine Ausdehnung des Verfassungswesens, eine Stärkung der Opposition am Bundestag, schließlich die Bildung einer Art von zollpolitischem Rheinbund befürchtete. Der Geh. Staatsrath v. Hofmann war schon nach Berlin abgereist, als du Thil am 31. December darüber ein Schreiben an Fürst Metternich richtete. Darin war dessen Groll auf die Höfe von München und Stuttgart so unübertrefflich geschickt verwerthet, daß man den Humor begreift, mit dem der Verfasser schließlich sagte: „Ich bin im Voraus überzeugt, daß jener Schritt die ganze Billigung Ew. Durchlaucht haben werde" und auch das findet man nicht verwunderlich, daß er das k. k. Cabinet ersucht, bei Wahrung des unverbrüchlichsten Geheimnisses über die ganze Sache in Bundesfreundschaft behülflich sein zu wollen.

Der Staatsrath von Hofmann war am 2. Januar 1828 unter falschem Namen in Berlin eingetroffen. Seine Berichte zeigen, daß er an einen Erfolg seiner Sendung anfangs nicht von ferne geglaubt, vielmehr gemeint hat, die Abweisung, die er heimbringen werde, sei in Darmstadt vorhergesehen und seine Sendung solle nur die urkundliche Gewißheit schaffen, daß eben ein Anschluß an Preußen beim besten Willen unmöglich gewesen, folglich ein Anschluß an Baiern und Würtemberg unvermeidlich geworden sei.

Er war deßhalb geradezu verblüfft, als der preußische Finanzminister v. Motz gleich in der ersten Unterredung einen Handelsvertrag ablehnte, weil er Preußen nicht genügen und Hessen nicht helfen werde, dafür aber eine vollständige Zollvereinigung anbot, welche erstens den hessischen Finanzen großen Gewinn versprach und zweitens der Selbstständigkeit des Großherzogthums kein nennenswerthes Opfer auferlegte. Hofmann schrieb am 4. Januar an du Thil: eine solche gänzliche Zollvereinigung mit Preußen wäre ja für uns von ganz unendlichem Vor-

theil, aber sie legt Preußen große Opfer auf und wenn ich mich frage, was kann Preußen bestimmen, auf eine solche Vereinigung einzugehen, so muß ich bekennen, daß ich mir hierauf eine befriedigende Antwort nicht zu geben vermag. Du Thil antwortete am 10. Januar: Mich überrascht dies Entgegenkommen durchaus nicht. Ich hatte es erwartet; es hat politische Gründe, auch wenn solche nicht angegeben werden und diese müssen wir zu benutzen verstehen. Inzwischen hatte Hofmann selber näheren Aufschluß erhalten. Am 7. Januar sagte ihm der Präsident v. Maassen, der Schöpfer des Zollgesetzes von 1818: „Das Aufsehen, welches der Streit mit Anhalt-Köthen erregt, bestimmt Preußen, der Welt zu zeigen, daß es in Handelssachen zwischen enclavirten und angrenzenden Staaten zu unterscheiden weiß und daß letztere sich ohne alle Gefahr für ihre Selbstständigkeit in Verbindungen mit Preußen einlassen können."

Das Zauberwort des Anschlusses, der Vereinigung war gefunden; die „Selbstständigkeit" der souverainen, ohne Ansehen ihrer Macht oder Ohnmacht, schlechthin gleichberechtigten Bundesglieder: das war das unübersteigliche Hinderniß jeder gemeinsamen Zoll- und Handelspolitik gewesen. Dieser Selbstständigkeit machte Preußen Zugeständnisse, die man nie für möglich gehalten hätte, die ihm große finanzielle Einbußen auferlegten, seine eigene Selbstständigkeit aufs Allerschwerste beeinträchtigten. Es brachte diese Opfer um seines deutschen Berufes willen, in der ganz sicheren Voraussicht des Erfolges, den dieses Beispiel haben würde. In dem Vertrage, welchen der Staatsrath v. Hofmann am 14. Februar 1828 zu Berlin unterzeichnete, hatte Hessen die Selbstständigkeit seiner Zollverwaltung, allerdings unter preußischer Ueberwachung gerettet und durchgesetzt erstens ein Veto gegen Tarifänderungen und Handelsverträge und zweitens den ungeheuren finanziellen Vortheil der Vertheilung der Zolleinnahmen nach der Seelenzahl. Auf Grundlage dieser Bedingungen sind nachher alle anderen Anschlußverträge zu Stande gekommen; was man die Verfassung des deutschen Zollvereins nennen kann, war gefunden.

In dem Vertrag vom 14. Februar war auf Wunsch du Thil's ein geheimer Artikel aufgenommen worden, in welchem vorbehalten war, daß Kurhessen ganz mit denselben Bedingungen ohne weitere Verhandlung dem Vertrag beitreten könne. Es kostete dem Kurfürsten nur eine Unterschrift und sein durch unsinnigen Partikularismus gequältes Land war gerettet. „Ich hatte mir, schreibt du Thil, eingebildet, ein solcher Vorbehalt sei eine Art von Pflicht und ein Liebesdienst, der nur mit großem Danke aufgenommen werden könnte, da gerade Kurhessen, gleich Nassau eingeklemmt zwischen Preußen und dem Großherzogthum, durch unseren Vertrag in eine peinliche Lage versetzt werden mußte. Zudem war der Beitritt Kurhessens für Preußen wie für uns in hohem Grade wünschenswerth, da erst hierdurch ein mehr geschlossenes Zollgebiet geschaffen und die Gefahren vermindert wurden, die Preußen wie uns drohten." Der Staatsrath v. Hofmann nahm deshalb seine Rückreise über Kassel. Der Minister v. Schminke nahm seine Eröffnungen sehr kühl auf; der Kurfürst aber gerieth in gewaltigen Zorn: „Von der Sache, sagte er, kann gar nicht die Rede sein. Es ist nicht zu dulden, daß die jüngere Linie des Hauses Hessen sich anmaßt, für die ältere zu paktiren." „Dies ist, bemerkt du Thil, eines

der betrübenden Beispiele, die die Geschichte zuweilen bietet, daß die wichtigsten Staatsinteressen, die Wohlfahrt ganzer Länder ohne weitere Erwägung nach alberner Laune gelenkt werden können." Hofmann reiste sofort nach Darmstadt weiter und fand hier über den inzwischen ruchbar gewordenen Vertrag eine unbeschreibliche Aufregung vor, die, wenn die Kammern versammelt gewesen wären, höchst wahrscheinlich zwar nicht gefährliche aber doch sehr beschämende Auftritte erzeugt haben würde. Einer der Abgeordneten, Graf Lehrbach, lief wie rasend umher und verlangte die Einberufung der Kammer, um den Minister, der das Land an Preußen „verrathen" habe, zur Verantwortung zu ziehen. Es ging das unsinnige Gerücht, ein hoher Beamter der großherzoglichen Regierung sei mit 100,000 Thlr. durch Preußen bestochen worden. Der Gegenstand der allgemeinen Verwünschungen war der Minister du Thil selbst, der sich tröstete mit seinem guten Gewissen, mit der sicheren Voraussicht des Erfolgs und mit dem Zuspruch seines Fürsten. „Was kümmert uns das Alles? sagte Großherzog Ludwig I. zu ihm, Nichts ist geschehen ohne meinen Willen; ich habe mir die Sache wohl überlegt, bin mit Allem zufrieden und gratulire mir dazu. An das Geschwätz der Leute kehre ich mich nicht. Was können sie Ihnen denn anhaben ohne mich? Und dessen können Sie versichert sein, daß ich Sie nicht fallen lasse." Alle Regierungen kamen in Aufruhr; an allen Höfen läutete die Sturmglocke wider den „Löwenvertrag."

Namens der Präsidialgesandtschaft am Bundestag nahm sich der General Langenau heraus, den Staatsminister du Thil zur Rede zu stellen, der aber antwortete: Oesterreich hat kein Recht zur Beschwerde. Hätte das Bundespräsidium, wie es seine Pflicht war, den Artikel 19 der Bundesakte zur Ausführung gebracht, so wären alle Sonderverträge abgeschnitten gewesen. Daran aber hat sie der Egoismus der österreichischen Finanzmänner gehindert und wenn man diesem Egoismus zu Gefallen deutsche Fürsten zwingen wollte, die wesentlichsten Interessen ihrer Länder zu vernachlässigen, so wäre das zu viel verlangt. So treffend diese Antwort war, Oesterreich würde gegen den kühnen Minister höchst wahrscheinlich sehr entschieden eingeschritten sein, wäre er nicht politisch sonst so durchaus „korrekt" gesinnt gewesen.

Unter den deutschen Fürsten jener Tage war nur einer, der trotz seiner tiefen Erbitterung ganz deutlich kommen sah, was kommen mußte. Der König von Würtemberg sagte bei der Nachricht von dem Abschluß des so geheimnißvoll eingeleiteten Vertrags: „Ihr werdet sehen, früher oder später werden wir gezwungen sein, diesem Beispiel nachzufolgen." Im Jahre 1833 traten Baiern und Württemberg selber dem preußisch-hessischen Zollverein bei und nun war unter den Widerstrebenden kein Halten mehr; die Voraussicht der Urheber des Vertrags von 1828 hatte sich glänzend bestätigt.

So hat vor jetzt fünfzig Jahren unser kleines Land den Anstoß gegeben zu einer großen Entscheidung. Größere Entscheidungen sind seitdem über unser Vaterland dahingegangen. Was einst die akademische Jugend, nicht zum Wenigsten auch unserer Hochschule, wie ein traumhaftes Ideal umfaßte, das hat in unsern Tagen die monarchische Staatskunst unter Donner und Blitz geschaffen und gestaltet. Ein unheilvoller Gegensatz hat ehedem bestanden zwischen dem Staat.

wie er wirklich war und dem Staat, für den die akademische Jugend schwärmte. Dieser Gegensatz ist begraben und für die einst Entfremdeten hat ein neues, gemeinsames Leben begonnen, Die kleineren Staaten, welche die Glieder des deutschen Reiches bilden, haben bei dem Eintritt in die große mächtige Gemeinschaft Nichts verloren, als die Versuchung, sich selber zu schaden, aber geblieben ist ihnen die Macht und dringender geworden ist ihnen die Pflicht, im eigenen Hause den Cultur- und Rechtsstaat durch weise Reformen auszubauen. Die ersten Lebensjahre des neuen Reichs sind fruchtbar gewesen an ernsten Lehren, gleich eindringlich für die Nation wie für die Hochschulen, die die Träger ihrer Zukunft heranzubilden haben.

Die gewaltige Katastrophe, welche unser wirthschaftliches Leben ereilt hat, im Augenblick seiner schrecklichsten Verwilderung, hat unzählige Einzelne mit Schuld und ohne Schuld elend gemacht, der Nation in ihrer Gesammtheit aber Segen eingetragen. Die alten deutschen Tugenden des ehrlichen Fleißes, der redlichen Arbeit, der gewissenhaften Treue sind wieder zu Ehren gekommen in der Buße, die dem Schwindel gefolgt ist; die rohe Jagd nach unverdientem Gewinn, die Gier nach sinnebetäubendem Genuß ist Stimmungen gewichen, in denen die ernste Lebensauffassung wieder Gehör findet, die uns von unsterblichen Dichtern und Denkern gelehrt worden ist. Das stille bescheidene Glück, das die Wissenschaft im Innern des Menschen pflanzt, hat wieder Werth und Geltung gewonnen und der Idealismus der Selbstverleugnung um nicht materieller Güter willen kehrt wieder ein in die besseren Kreise unseres Volks.

Schon waren wir im Begriff, mit Stolz diese heilvolle Umkehr der Geister zu verzeichnen, als eine andere Katastrophe uns überfiel, die recht eigentlich darauf angelegt schien, uns irre zu machen an unserem besten Glauben.

Was wäre unser Forschen und Arbeiten, was wäre unser Suchen nach Wahrheit um der Wahrheit willen, hätten wir nicht den Glauben an den guten Geist unseres Volks, an das Göttliche in der Menschenbrust, an den unausbleiblichen Sieg dessen, was wahr ist und recht?

Wir werden nicht irre werden an diesem Glauben; könnten wir es, wir müßten verzweifeln an Allem, was uns unseren Beruf zur Herzenssache macht. Aber wir werden auch nicht vergessen, daß er gelenkt sein muß durch den kategorischen Imperativ der Pflicht, gezügelt sein muß durch das Gefühl der schweren Verantwortung, die uns obliegt als den Bildnern des edelsten Theils der Jugend unseres Volks. Die Heiligthümer dieser Nation haben wir zu verwalten und ihnen würdige Priester zu erziehen, wird uns nicht gelingen, wenn wir unsere Aufgabe nicht betrachten als ein priesterliches Amt.

Es ist ein alter Satz: ein Reich hält sich aufrecht durch denselben Geist, durch den es gegründet worden ist.

Wohlan, das neue Reich, um dessen gekröntes Haupt wir uns heute schaaren mit stürmischerer Empfindung als je vorher, auf unseren Hochschulen ist es im Geist geschaut, ist es in den Seelen vorbereitet worden, als der Gedanke daran den Einen eine Aergerniß, den andern eine Thorheit war; was unsere Hochschulen waren, das werden sie mit Gottes Hülfe auch ferner sein: die Waffenschmieden des nationalen Gedankens, die Pflanzstätten der Tugenden, die unser

Volk in Waffen unbesiegbar machen. Für sie alle gilt der schöne Spruch, den die Gießener Studentenschaft im Jahre 1621 auf ihrer Fahne hatte und der heute unser bescheidenes Kriegerdenkmal ziert: Literis et armis ad utrumque parati, im Wissen und in Waffen getreu bis in den Tod. —

Ich komme zum letzten Theil meiner heutigen Aufgabe: der Berichterstattung über den Erfolg der Preisfragen, welche am 9. Juni v. J. ausgeschrieben worden sind.

Nur drei derselben haben Bearbeiter gefunden, alle drei waren von der philosophischen Fakultät als außerordentliche Preisaufgaben gestellt.

Das Thema aus dem Gebiete der klassischen Philologie lautete:

„Collectis omnibus exemplis et dubiis locis quam accuratissime examinatis exponatur, quae sit participiorum et gerundivorum apud Sallustium, Velleium, Tacitum propria significatio ac structura syntactica, quatenus a Caesaris et Ciceronis consuetudine recedant et quatenus apud illos scriptores diversa sint."

Ueber dies Thema ist eine Arbeit eingegangen mit dem Motto:

„Das Ganze wird verstanden werden, wenn es die Theile sind."

Das Gutachten der Fakultät lautet:

„Für das Verständniß der römischen Historiker ist die den Einzelnen eigenthümliche Ausdrucksweise von größter Bedeutung, so daß deren Unkenntniß sogar geschichtliche Irrthümer zur Folge haben kann. Mit großer Sorgfalt und lobenswerthem Fleiß hat der Verfasser ein Material zusammengebracht, welches in dieser Vollständigkeit noch von Niemand dargeboten wurde. Er ist bei der Beurtheilung der sprachlichen Thatsachen mit Umsicht und Kritik zu Werk gegangen und es ist ihm in nicht wenigen Fällen gelungen, die Angaben auch der neueren Grammatiker zu ergänzen und zu berichtigen. Nur die Anordnung des Stoffes läßt Manches zu wünschen übrig und namentlich bleibt zu bedauern, daß eine wissenschaftlich so tüchtige und praktisch verwendbare Arbeit nicht in besserem Latein geschrieben ist. Da jedoch die gestellte Aufgabe in der Hauptsache als vollkommen gelöst zu betrachten ist, so nimmt die Fakultät keinen Anstand, der Arbeit den Preis zu ertheilen".

Bei Eröffnung des Zettels ergab sich als Name des Verfassers:

Franz Joseph Helm, cand. phil. aus Bensheim.

Die Preisfrage aus dem Gebiete der Geschichte lautete:

„Quellenmäßige Darstellung der preußischen Politik vom 3. November 1805 bis 6. November 1806."

Eine Arbeit ist eingelaufen mit dem Motto:

„Noch ist es Tag, da rühre sich der Mann!
Die Nacht tritt ein, wo Niemand wirken kann."

Das Gutachten der Fakultät besagt:

„Der Verfasser hat sich darauf beschränkt, den Antheil des Staatsministers Freiherrn von Hardenberg an der preußischen Politik des genannten Zeitraumes zu behandeln und den des Grafen Haugwitz nur so weit berücksichtigt, als er damit in Zusammenhange steht. In Folge dieser Beschränkung ist ein sehr wichtiges und jedenfalls das schwierigste Kapitel seines Themas, die unmittelbare Veranlassung des Krieges von 1806, an der Hardenberg nicht betheiligt war, nur ungenügend bearbeitet worden; auch innerhalb der Grenzen, in denen sich die Arbeit bewegt, hätte Manches, wie z. B. der Rücktritt Hardenbergs im April 1806 aufmerksamer behandelt werden müssen. Gleichwohl ist die Arbeit als eine tüchtige zu bezeichnen. Die vergleichende Kritik unserer beiden Hauptquellen, der Denkwürdigkeiten Hardenbergs und der Matériaux von Lombard, ist eingehend, scharf und meist zutreffend; die Correspondance de Napoléon I., der Moniteur und die Ergebnisse der neuesten archivalischen Forschung sind in geeigneter Weise benutzt. Die Darstellung ist in den Hauptsachen klar, das Urtheil, von einigen Uebereilungen abgesehen, besonnen und folgerichtig, die Sprache angemessen. Demgemäß hat die Fakultät beschlossen, der Arbeit den Preis zuzuerkennen."

Der Name des Verfassers ist:

Friedrich Noack, stud. hist. aus Gießen.

Das Thema aus dem Gebiete der Chemie hieß:

„Untersuchung des grünen, blättrigen, im Schalsteine der Lahn vorkommenden Minerals, besonders des sogenannten Chromophyllits von Limburg auf seine chemische Zusammensetzung."

Eine Arbeit ist eingegangen mit dem Motto:

„Effugit irreparabile tempus."

Das Urtheil der Fakultät besagt:

„Der Verfasser hat, wie unschwer zu erkennen, viele Zeit, Mühe und Sorgfalt verwendet, um durch die Untersuchung des von ihm an Ort und Stelle gesammelten Minerals zu den analytischen Resultaten zu gelangen, durch welche die Lösung der Aufgabe angestrebt und im Wesentlichen auch erreicht worden ist.

Obwohl die Arbeit, insbesondere auch in der Form der schriftlichen Ausarbeitung Manches zu wünschen übrig läßt, und obwohl der Verfasser in der Handhabung der Zahlenresultate der Analyse, wie sie zur Feststellung der Constitution eines complicirt zusammengesetzten Minerals erforderlich ist, eine größere Umsicht und Gewandtheit hätte darlegen können, so verdient die Arbeit doch, daß ihr der Preis zuerkannt werde".

Der Name des Verfassers ist:

Martin Jaffé, stud. chem. aus Posen.

Für das Jahr 1878/79 sind folgende Preisaufgaben gestellt worden:

I. Von der theologischen Fakultät:

„Charakteristik der korinthischen Christenparteien nach den in den Korintherbriefen gegebenen Andeutungen nebst Beurtheilung der in dieser Hinsicht aufgestellten Hauptansichten."

II. Von der juristischen Fakultät:

„Die Lehre vom pignus in causa iudicati captum in historischer und dogmatischer Darstellung."

III. Von der medicinischen Fakultät:

a) für den Preis der Balserstiftung:
„Woher stammt das Hypopium bei eiteriger Keratitis. Klinische und histologisch experimentelle Studie."

b) für den akademischen Preis:
„Anatomische Untersuchung über die Verbindungsart der Ganglienzellen innerhalb des Rückenmarks des Menschen und einiger Säugethiere."

IV. Von der philosophischen Fakultät:

a) Ordentliche Preisaufgabe aus dem Gebiete der Philosophie:
„Darstellung und Kritik der empiristischen Ansichten über den Ursprung der mathematischen Erkenntniß."

b) Ordentliche Preisfrage aus dem Gebiet der Physik:
„Es sind die Capillaritäts-Constanten des Weingeistes bei verschiedener Concentration desselben, aber unverändert bleibender Temperatur, in Form eines allgemeinen Ausdrucks, gestützt jedoch auf eine vorausgegangene experimentelle Untersuchung festzustellen."

c) Ordentliche Preisfrage aus dem Gebiet der Forstwissenschaft:
„Die Hackwaldwirthschaft. Es wird nicht nur eine Beschreibung dieser Wirthschaft, sondern auch eine Beleuchtung vom naturwissenschaftlichen, forsttechnischen, agronomischen und volkswirthschaftlichen Gesichtspunkt aus verlangt."

d) Außerordentliche Preisaufgabe aus dem Gebiet der Geschichte:
„Die politische Thätigkeit des Grafen Mirabeau im Jahre 1790, geschildert nach seinen Reden und Denkschriften, mit besonderer Rücksicht auf den Antheil seiner neuerdings bekannt gewordenen Mitarbeiter."

e) Außerordentliche Preisaufgabe aus dem Gebiet der Botanik:
„Geschichte der Einwanderung von Xanthium, Elodea canadensis und Puccinia Malvacearum. Mit Karten."

f) Außerordentliche Preisaufgabe aus dem Gebiet der Mineralogie:
„Ist die Zusammensetzung des Magnetkieses = Fe S? Enthält dieses Mineral mehr Schwefel als dieser Formel entspricht oder beruht der höhere Schwefelgehalt auf einer mechanischen Beimengung von Schwefelkies?
Es wird zunächst eine möglichst vollständige Zusammenstellung und kritische Beleuchtung der Literatur über diese Frage verlangt; die Frage selbst aber soll beantwortet werden durch die Analyse der verschiedenen unter Zuhülfenahme eines Magneten erhaltenen Schlämmproducte des Magnetkies von Bodenmais". —

Der Zweck der akademischen Preisaufgaben ist, dem Selbststudium unserer Commilitonen Ziele zu zeigen, die den Kräften des Anfängers erreichbar sind. Die Bearbeitung einer solchen Aufgabe hat einen Werth, der nicht nach dem äußeren Erfolg gemessen werden darf. Es gilt, aus den Quellen selbst eigenes Wissen zu erwerben unter selbstständiger Prüfung und Anwendung überlieferten Wissens. Den Proceß, durch den das geschieht, nennen wir Methode. Ein selbst erworbener Einblick in die Werkstatt der Wissenschaft, der vielleicht lebenslang entscheidend wirkt, bleibt immerhin, auch wenn der äußere Erfolg nicht erreicht wird. Wird er aber erreicht, nun, so wird er nicht hoffärtig, sondern bescheiden machen; denn nur erborgtes Halbwissen macht unbescheiden.

Bevor ich schließe, erfülle ich eine schmerzliche Pflicht, indem ich des schweren Verlustes gedenke, der die deutsche Wissenschaft und unsere Hochschule betroffen hat. Unser ehrwürdiger, hochverdienter Germanist, **Dr. Carl Weigand** ist gestern Abend plötzlich gestorben. Eine Seele rein wie Gold, ein Gelehrter von umfassendem Wissen und nie rastendem Fleiß, ein College voll Liebe und Pflichttreue ist von uns geschieden. Mitten in der Arbeit an dem großen nationalen Werke, daß die Gebrüder Grimm begründet haben, hat ihn der Tod ereilt. Die nie ermüdende Beschäftigung mit dem Sprachschatz, d. h. mit dem Seelenleben unseres Volkes hat ihn frisch, rüstig und thätig erhalten bis zum letzten Augenblick und dann ist er gestorben, ohne Kampf und ohne Schmerz. Die allgemeinste Liebe und Verehrung wird ihn zu Grab geleiten.

END OF
TITLE